

Sächsische Zeitung

SZ-ONLINE.DE

Flutschutz statt Umsiedlung

Mit sieben Millionen Euro soll Nünchritz-West hochwassersicher werden. Die Bürger sind skeptisch.

03.11.2013 Von Eric Weserund Jens Ostrowski



Teilweise zum dritten Mal sind Bewohner von Nünchritz-West bei der letzten Flut abgesoffen. Ihnen reicht es. Foto: SZ/Jens Ostrowski

Es bleibt dabei: Ohne ein Gerichtsurteil will der Freistaat Sachsen die 38 flutgebeutelten Gebäude in Nünchritz-West nicht umsiedeln. Die Behörden verweisen stattdessen auf ihre Flutschutzplanungen für die Gesamtgemeinde, durch die auch die Siedlung trocken bleiben soll. Insgesamt sieben Millionen Euro sind dafür vorgesehen.

Einen hundertprozentigen Schutz aber will die Landestalsperrenverwaltung nicht versprechen. Kein Wunder, dass die Betroffenen bei der Vorstellung der Pläne in der letzten Woche ihr Misstrauen zum Ausdruck brachten. „Wir halten weiterhin an unseren Umsiedlungsplänen fest und werden Klage einreichen“, sagte Mario

Bergmann gestern der Sächsischen Zeitung. Schon zweimal ist seit Haus in Nünchritz-West abgesoffen. Nach der letzten Flut hat er 75000 Euro investiert, um die Schäden zu beseitigen. Auch viele seiner Nachbarn werden die Sanierungsarbeiten demnächst abschließen.

Genau das wollten die Umsiedlungswilligen eigentlich vermeiden. „Denn es ist doch Quatsch, jetzt noch mal so viel Geld in die Häuser zu stecken, wenn wir möglicherweise doch irgendwann umgesiedelt werden“, sagt er. Der gleiche Fehler sei schon damals nach der Jahrhundertflut in Röderau-Süd gemacht worden. 225000 Euro, sagt Mario Bergmann, habe er nach den Hochwassern 2002 und 2013 in sein Eigenheim investieren müssen. Fast so viel, wie es einst gekostet hat. „Es ist Irrsinn, jetzt auf die nächste Flut zu warten.“

Mit welchen Maßnahmen Nünchritz im Einzelnen geschützt werden soll, erklärte Peter Gierth von der Landestalsperrenverwaltung (LTV) jetzt der Bürgerinitiative „Hochwasser Nünchritz 2013“. Deren Mitglieder kämpfen für den Flutschutz in der Gemeinde. Doch zufrieden zeigten auch sie sich mit den Plänen nicht.

Demnach sollen zwischen Wacker Chemie und der Einmündung des Grödel-Elsterwerdaer Floßkanals in die Elbe mehrere Deichabschnitte ertüchtigt, bestehende Flutschutzmauern erhöht und der Radweg zugunsten der Deichstabilität verlegt werden. Außerdem sollen Anlagen zur Binnenentwässerung entstehen, um ein Aufweichen der Deiche im langanhaltenden Flutfall zu verhindern. Und auch der Bau komplett neuer Flutschutzmauern ist angedacht. Kompliziert ist der Abschnitt zwischen der Kläranlage des Chemiewerkes und dem Floßkanal, weil es dort etwa dreißig Unterbrechungen – Durchfahrten und Durchgänge – in der Deichlinie gibt. Die müssen im Flutfall alle verschlossen werden, um einen wirksamen Flutschutz zu gewährleisten. Peter Gierth appellierte daher an die Eigentümer und die Gemeinde: „Es ist zu überlegen, wie viele Durchgänge in die Grundstücke wirklich gebraucht werden und in welcher Größe.“

Noch steht das Planfeststellungsverfahren aus, in dessen Rahmen Träger öffentlicher Belange mögliche Bedenken gegen die Flutschutzbauten anbringen können. Vor allem Naturschutzverbände laufen erfahrungsgemäß gegen derlei Flutschutz-Bauvorhaben Sturm, was teils Umplanungen notwendig macht. Und die kosten Zeit. Zwar will die Landesregierung den Prozess per Gesetz beschleunigen, doch ob das noch bis zur Einreichung der LTV-Planungen bei der Landesdirektion passiert, ist offen. Als spätesten Termin, bis zu dem die LTV ihre Unterlagen bei der Landesdirektion einreichen will, nannte Peter Gierth den Februar 2014.

Trotz aller geplanten Bauwerke wird nach Ansicht vieler Mitglieder der Bürgerinitiative das Thema Hochwasserschutz vonseiten der Behörden nicht umfassend genug betrachtet. Immer wieder sah sich Peter Gierth beispielsweise mit der Frage nach dem Abaggern der verschlammten Elbwiesen konfrontiert. Und immer wieder blieb ihm nur der Verweis, dass die LTV für dieses Thema nicht zuständig sei. Dafür seien die Eigentümer der Wiesen zuständig. Gierth räumte ebenso mit der Vorstellung auf, Flächen zu schaffen, auf denen sich die Fluten ausbreiten können. „Dem Wasser mehr Raum zu geben, ist nicht der Ansatz der LTV.“

Das alles zusammen lässt Mario Bergmann an der Flutsicherheit zweifeln. „Wir sind uns sicher, dass unsere Häuser auch bei der nächsten Flut wieder absaufen werden.“ Um deshalb doch noch umsiedeln zu können, will er mit den meisten Nachbarn klagen. Die Einreichung der Klage habe sich aber verzögert, weil die Gutachten zum jeweiligen Wertverlust der Grundstücke noch nicht

fertig seien, sagte der zuständige Rechtsanwalt Sebastian Lohse der SZ. In zwei Wochen, hoffe er, könne die Klage dann beim Landgericht Dresden eingereicht werden. Die Betroffenen wollen gegen die Gemeinde Nünchritz klagen, weil diese trotz der Hochwassergefahr das Areal für Wohnbebauung freigegeben hat.

Artikel-URL: <http://www.sz-online.de/nachrichten/flutschutz-statt-umsiedlung-2699973.html>
